



Eine grüne Zukunft? Griechenlands Probleme und Potentiale im Bereich Klima und Energie

Eine kurze Bestandsaufnahme nach zehn Jahren Wirtschaftskrise

Henri Bohnet mit Johanna Westermann

Was auf internationaler und europäischer Ebene intensiv diskutiert wird; was vor allem in Deutschland mit viel Emotionen verbunden ist, lässt die Mehrheit der Griechen bisher kalt: der Klimawandel. Über Diesel-Fahrverbote, die Erreichbarkeit des Zweigrad-Ziels bei der Erderwärmung oder die Rolle von erneuerbaren Energien liest man hier wenig. Zwar sprechen sich laut jüngsten Eurobarometerumfragen deutliche Dreiviertel für eine stärkere Rolle der EU beim Klimawandel aus; die eigenen Verhaltensweisen zu ändern ist aber viel schwieriger: Zweidrittel denken, man müsste selbst eigentlich mehr tun. Und auch wenn Griechenland im internationalen Vergleich nicht schlecht dasteht: in der Realität hat umweltbewusstes Handelns noch kaum Fuß gefasst. Erneuerbare Energiegewinnung wird zwar befürwortet, aber von einer effektiven Nutzung bleibt das Land noch weit entfernt. Es ist höchste Zeit, dass sich das ändert.

Was heißt Recycling auf Griechisch?

Griechenland ist das schwarze Schaf in der EU, wenn es um die Umsetzung von Umweltauflagen geht. Laut EuGH-Statistiken ist es das am häufigsten wegen seinen Verstößen gegen die EU-Regeln sanktionierte Mitgliedsland – und leistet dafür Strafzahlungen, die der am höchsten verschuldete Staat der EU für Sinnvolleres aufwenden könnte. So hat der WWF ausgerechnet, dass Griechenland wegen illegaler Mülldeponien bis 2016 schon mehr als 37,.3 Millionen Euro an die EU zahlen musste. Auch die Privathaushalte im Land generieren viel Müll, trennen aber zu wenig: 2017 konnte nur 16% des Mülls recycelt werden, fast ein Drittel weniger als der EU Durchschnitt. Mehr als vier Fünftel des städtischen Abfalls wird in Deponien entsorgt, beinahe das Dreifache anderer europäischer Staaten. Das System der Abfallwirtschaft in Griechenland ist ein grundsätzliches strukturelles Problem, warnt die EU-Kommission in ihrem jüngsten Umweltbericht – und eine Besserung ist so schnell nicht in Sicht. Und das, obwohl das Land zu Recht stolz sein kann auf die die Schönheit seiner Natur, die hohe Qualität seiner Strände und Sauberkeit seiner Gewässer. Doch mit der bisherigen Herangehensweise ist die Nachhaltigkeit des Tourismus, der der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes ist, in Gefahr. Dieser macht rund zwanzig Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus – und birgt, da sind sich alle Fachleute einig, weiterhin starkes Wachstumspotential.

Doch die berühmten griechischen Inseln werden fast alle mit Dieselöl (per Öltanker) versorgt und mithilfe von Dieselgeneratoren verstromt: Experten halten das für die schmutzigste und teuerste Art der Stromerzeugung; mit erneuerbaren Energien würden sich die Stromerzeugungskosten für die Inseln halbieren. Aber die Bevölkerung ist nicht überzeugt: Weder will eine Gemeinde in der Nähe einer neuen Mülldeponie oder Recyclinganlage leben, wenn sie auch noch so strenge EU-Auflagen erfüllen möge; noch möchten Inselbewohner ihre Landschaft mit Windrädern verschandeln, die möglicherweise Touristen abschrecken.

Was illegale Bebauung, Naturschutz und die Feuerkatastrophe von Mati miteinander zu tun haben

Im Sommer 2018 starben bei der größten Feuerkatastrophe Griechenlands 100 Menschen in dem Dorf Mati in der Nähe von Athen. 95% des Dorfes wurden innerhalb einer Stunde zerstört. Die Siedlung entstand in den 70er und 80er Jahren als Urlaubsort für die Athener Großstadt Bewohner; zuerst illegal in einem staatlichen Waldstück und in der Nähe zu Strand und Meer erbaut, wurden viele Häuser nachträglich durch Schmiergeldzahlungen an zuständige Beamte legalisiert. Doch es gibt bis heute kein landesweites Kataster, das den Eigentum von Land klar aufzeigt. Das verführt zu Brandstiftungen und illegalen Rodungen, um "facts on the ground" zu schaffen. Derartige Siedlungen, auch oder gerade in Naturschutzgebieten, existieren landesweit – und werden bisher weitgehend toleriert. Aber ohne offizielle Evakuierungsrouten und Feuerwehrzufahrten können sie, das zeigt der Fall Mati, schnell zu einer Falle für den Menschen werden. Waldbrände haben nämlich in Griechenland als Folge des Klimawandels an Intensität und Frequenz zugenommen. Doch bisher hat noch keine griechische Regierung ihr Versprechen, konsequent gegen illegal errichtete Siedlungen vorzugehen und diese abzureißen, eingehalten. Zu groß ist bis jetzt der Druck der Stadtbevölkerung, ein eigenes Haus im Grünen oder am Meer besitzen zu wollen, ungeachtet jeglicher natur- und katastrophenschutzrechtlicher Gesetzesbestimmungen.

Energiepolitik im regionalen Kontext

Griechenland hat großes Potential, was erneuerbare Energien angeht: Im Schnitt 300 Sonnentage im Jahr, starke Winde in der Ägäis, Wasserressourcen im alpinen Norden. Doch bisher hat Athen überwiegend auf die fossilen Energieträger gesetzt. Bis heute stellt die heimische Braunkohle den Löwenanteil der Energiegewinnung.

Doch der Energiemarkt in Griechenland bewegt sich: Bis 2021 müssen laut EU-Vorgabe veraltete Braunkohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Das entspricht einem Drittel der bisherigen Energiegewinnung. Außerdem gilt es, das weitgehend noch staatlich betriebene Stromnetz zu privatisieren und zu liberalisieren: Dies ist noch eine der ausstehenden Forderungen aus dem Rettungsprogramm für Griechenland. Jetzt wollen private Investoren unter deutscher Beteiligung ein neues Gaskraftwerk bauen. Tesla hat zudem der Regierung angeboten, für den Ausbau nachhaltiger Energiesysteme auf den Inseln zu kooperieren; der erste Solarpark dort ging vergangenen Oktober ans

Netz; und Chinas "Energy Investment Cooperation" kaufte 75% der existierenden Leitungen für Windparks (Gesamtkapazität 1.500 MW) des Energiekonzerns Copelouzos auf. Doch Fachverbände weisen weiter auf immer noch zu hohe Risikoaufschläge für Investitionen im Bereich Erneuerbare Energien hin. Und der Umstieg von Kohle auf Gas hängt auch von den geopolitischen Entwicklungen im östlichen Mittelmeer ab: Russland liefert bisher den größten Teil über Bulgarien; die Amerikaner machen sich seit kurzem für den Bau eines Flüssiggasterminals im Nordosten des Landes stark; und die erst jüngst bestätigten Gasfunde vor Zypern bringen die Türkei ins Spiel, die ihren Anteil für den besetzten Norden der Insel fordern.

Die Zukunft: nachhaltig und grün?

In den kommenden Monaten finden Europa-, Kommunal und Parlamentswahlen statt. Ein Regierungswechsel ist absehbar. Die Nea Dimokratia arbeitet an einem ehrgeizigen "Regierungsprogramm". Doch Umweltthemen kommen darin bisher nur am Rande vor. Es bedarf aber einer umsichtig geführten, strategisch ausgerichteten Klima- und Energiepolitik der neuen Regierung, um einerseits Griechenlands wirtschaftliches Potential zu nutzen und im zunehmend rauen geopolitischen Klima abgesichert zu sein. Ohne moderne Nachhaltigkeitsstandards und effektiven Naturschutz wird andererseits nicht nur der Tourismus, sondern auch die Lebensqualität aller Griechen leiden; ohne ein funktionierendes Katasterwesen wird der von der Nea Dimokratia erhoffte Investitionsschub aus dem Ausland ausbleiben, und ohne eine effizientere, stärker mit den europäischen Nachbarn verzahnte Energiepolitik wird Griechenlands gerade erst begonnene Erholung schnell vorbei sein; und auch sicherheitspolitische Implikationen müssen bedacht sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Henri Bohnet Leiter Auslandsbüro Griechenland Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit www.kas.de/griechenland

henri.bohnet@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von "Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international", CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)